

Wäre die Pandemie ein Test, wir wären alle durchgefallen

Das Corona-Jahr hat uns als Gesellschaft hart getroffen. Die Solidarität löst sich auf, gemeinsame Werte bröckeln. Rechthaberei und ideologische Starrheit blühen. Das kommt leider nicht überraschend. Zu lange dachten wir, Krisen gebe es nur im Ausland, **schreibt Caspar Hirschi**

Stellen Sie sich vor: Wir befinden uns im Winter 2023. Die Strassen sind leer, die Pisten im Tiefschnee, die Restaurants dunkel. Eben wurde in der Schweiz der siebte Lockdown verhängt. Am Fernsehen sagt der Gesundheitsminister, wir seien zwar seit langem Corona-müde, hätten aber mit dem Virus zu leben gelernt. Was nun kommt: *The same procedure as every half year*. Wir schicken uns ins Unvermeidliche, buddeln uns zu Hause ein, kommunizieren per Zoom mit Arbeitskolleginnen und Freunden und flüchten auf Netflix in filmische Welten aus vergangenen Zeiten, in denen sich Menschen die Hände schütteln, sich umarmen und die Zähne zeigen.

Sich die Zukunft so vorzustellen, scheint heute fast unmöglich. Und doch war das noch vor wenigen Monaten, bevor die unerwartete Kunde von zwei hochwirksamen Impfstoffen die Runde machte, ein realistisches Szenario. Im Sommer haben wir uns darauf eingeschworen, die Pandemie sei kein Sprint, sondern ein Marathon. Aber jetzt, wo uns die Zulassung des ersten Vakzins wie ein verfrühtes Weihnachtsgeschenk erreicht, herrscht eine Stimmung, als schafften wir es bestenfalls knapp, uns über die kommenden paar Monate mit letzter Kraft zur schützenden Spritze zu hangeln.

Das Gefühl der Solidarität, das uns noch im Frühjahr wärmte, ist verfliegen. Stattdessen hagelt es Schuldzuweisungen von allen Seiten. Regierungen werden des Nichtstuns, Experten des Alarmismus angeklagt, Romands und Deutschschweizer werfen sich gegenseitig Leichtfertigkeit vor. Derweil wird das Skifahren hüben wie drüben zur nationalen Überlebensfrage erklärt, egal ob man sich zwei Drittel volle Gondeln wünscht, um die Berggebiete zu retten, oder leere Gondeln, um die Spitäler zu entlasten. Hat man sich erst in einer ideologischen Ecke verschanzt, erhält man neue Munition ohne Ende, besonders in der jetzigen Krisensituation, in der sich die Pandemie nicht mehr eindämmen, sondern nur noch abschwächen lässt.

Was in der gelebten Realität, ob an den Schalthebeln der Macht oder im alltäglichen Umgang unter Menschen, einem schwierigen Abwägen zwischen kleineren und grösseren Übeln gleichkommt, erscheint von jeder ideologischen Warte aus als Totalversagen. Dafür lassen sich in der Parallelwelt der sozialen Netzwerke fundamentale Gegensätze zelebrieren, die sich bei einem Funken Realitätssinn sofort auflösen würden. Bestes Beispiel ist das Dauergezänk um Eigenverantwortung und Einschränkungen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben: Ohne Einschränkungen gäbe es ein unkontrolliertes Massensterben, ohne Eigenverantwortung nur den nackten Zwang einer Überwachungsdictatur.

Wer sich in der tiefsten Krise auf Twitter am Hochgefühl des Rechthabens berauscht, übersieht geflissentlich, dass der eigene Beitrag den Schaden nur noch schlimmer macht. Wir sind ein viral gespaltenes Land, und dagegen

hilft keine Impfung. Es wird nach der überstandenen Pandemie noch lange dauern, bis die Risse im gesellschaftlichen Gefüge wieder gekittet sind.

Dabei hat die Pandemie längst gezeigt, dass ihr mit ideologischer Starrheit und voreiligen Gewissheiten nicht beizukommen ist. Krisen haben es an sich, dass sie die geltenden Bewertungsmaßstäbe und Wissensbestände in kürzester Zeit über den Haufen werfen. Als Anfang März die SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher eine Maske trug, erhielt sie eine Zurechtweisung durch die Ratspräsidentin und wurde auf Twitter als «Globi im Bundeshaus» verlacht. Ein paar Monate später sassen alle Parlamentarier mit Maske hinter Plexiglaswänden.

Als Ende Mai der Epidemiologe Marcel Tanner prognostizierte, «eine flächendeckende zweite Welle» werde es nicht geben, äusserte niemand öffentlich Widerspruch. Wenige Monate später kam sie doch, breiter und stärker als die erste. Aber zu diesem Zeitpunkt waren die ideologischen Positionen schon so fix bezogen, dass eine pragmatische Neubeurteilung der Lage, die es für eine rasche Reaktion gebraucht hätte, kaum mehr möglich war.

Wie kommt es zum Triumph der Ideologie über die Pragmatik mitten in einer exponentiellen Krisendynamik? Mehr als in jeder anderen Krise bestimmt in der Corona-Pandemie das Sein das Bewusstsein. Ein pensionierter Diabetiker erlebt die derzeitige Situation anders als eine gesunde Studentin, eine Pflegefachfrau anders als ein Restaurantbesitzer, ein Maurer anders als eine Journalistin. Jede dieser Erfahrungen hat ihre eigene Schlüssigkeit und ein Recht auf öffentliche Anerkennung, aber sie geraten leicht auf Kollisionskurs. Die Aufgabe der Politik ist es, die verschiedenen Perspektiven je nach Krisen- und Wissensstand neu abzuwägen und auf dieser Grundlage schnell zu entscheiden. Diese Verantwortung kann ihr niemand, auch nicht die Wissenschaft, abnehmen.

Die ideologische Verhärtung setzt erst ein, wenn Gruppen ihre eigene Perspektive absolut setzen und anderen aufzwingen. Dann bricht die Solidarität zwischen unterschiedlich Betroffenen zusammen, und es zerfällt auch das, was für die öffentliche Krisendiskussion in einer Demokratie zentral ist: der gesellschaftliche Minimalkonsens darüber, was selbst in der Ausnahmesituation einer Pandemie nicht passieren darf. Bis vor kurzem lag eine Grenze des Tolerierbaren bei der Triage von Schwerkranken in Spitälern, eine andere beim Einsperren der Bevölkerung in den eigenen vier Wänden. Nun sind wir an einem Punkt angelangt, wo selbst diese beiden Schranken ins Wanken geraten.

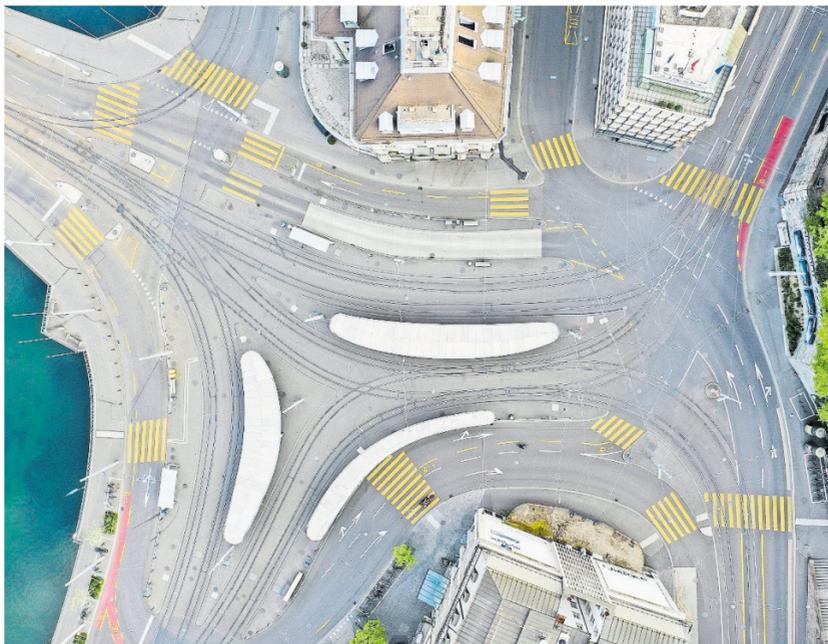
In jeder anderen Krise wäre der Verlust eines gemeinsamen Wahrnehmungs- und Wertehorizonts leichter verkraftbar. In einer Pandemie jedoch geht er sofort ans Eingemachte, denn es braucht den Einsatz jedes Einzelnen, damit das Ansteckungsgeschehen nicht ausser Kontrolle gerät. Wenn das Coronavirus ein Test für die Robustheit einer

«Weesch globe, me wöörid nüd om e Töbeli nebedem veroot, wie all die Sotte vo ösm Gäässechäas entstönd. Gad afl: E Guets get e Guets!»

Kauderwelsch? Nur wenn man nicht richtig hinhört. Wir engagieren uns für eine belebte Bergwelt.

berghilfe.ch





Die Schweiz im Corona-Jahr 2020. Oben links: Das Zürcher Central während des Lockdowns im April. Oben rechts: Eine behelfsmässige Leichenhalle im November in Genf. Unten links: Letzte Einkäufe vor Weihnachten in Zürich. Unten rechts: Die erste Corona-Impfung am 23. Dezember in einem Altersheim in Luzern.

FOTOS: RETO SCHLATTER, MARTIAL TREZZINI / KEYSTONE, PASCAL MORLA, URS FLÜELER / KEYSTONE

Gesellschaft ist, dann ist die Schweiz in der zweiten Welle durchgefallen. Dabei haben wir bis jetzt weder eine harte Ausgangssperre noch einen dramatischen Wirtschaftseinbruch über uns ergehen lassen müssen. Die Bewohner anderer Länder mussten grössere Opfer erbringen, um ihre alten und vulnerablen Mitmenschen zu schützen. Offenbar aber ist die Grenze des Zumutbaren bei uns früher erreicht. Aus historischer Sicht kommt das nicht überraschend.

Die Geschichte der modernen Schweiz ist dadurch gekennzeichnet, dass globale Krisen meist wie Gewitterstürme am Horizont an ihr vorbeigezogen sind. Der Weltgeist schien uns, wenn es um echte Dramen ging, die Rolle des teilnehmenden Beobachters zugewiesen zu haben. Wir waren oft nahe dran, aber nie mitten drin. Das Leben hierzulande mochte weniger intensiv sein, dafür schien es sturmfest. Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich in der Schweiz die Überzeugung eingenistet: Krisen sind etwas fürs Ausland.

Im Laufe der Zeit gab es immer wieder Gelegenheiten, das Privileg des Verschontseins bestätigt zu sehen. Sogar nach der Jahrtausendwende, als Krisen wieder gehäuft auftraten und näher kamen, hat die Schweiz schwere Erschütterungen fast nur als Zaungast miterlebt. Frankreich wurde vom Terror und Italien von Staatsschulden erdrückt, uns ging es gut. Wie viel Glück dabei im Spiel war, und wie viel diskretes Geschick es in entscheidenden Momenten brauchte, um Schlimmeres zu verhindern, liess sich leicht verdrängen. Vorsicht und Dankbarkeit wichen der Überheblichkeit.

Geschah es ausnahmsweise doch, dass eine Krisenwelle auf helvetische Gefilde zurollte, wie 2008 beim Beinahe-Bankrott der UBS, schafften es eingespielte Akteure aus verschiedenen Institutionen wie der Nationalbank, der Bundesverwaltung und der Finanzindustrie, den Schaden sofort einzudämmen und der Gesellschaft schmerzhaft Folgen zu ersparen.

Auch zu Beginn der Corona-Pandemie funktionierte die wirtschaftspolitische Feuerwehr hervorragend. Und es war die vielgescholtene Bankenlobby, die mit dem Bund in kürzester Zeit ein unbürokratisches Kredit-

programm in die Wege leitete, um die wirtschaftlichen Konsequenzen des ersten Lockdowns im Frühling abzufedern. Nur vermochte die krisenerprobte Finanzelite unter den Bedingungen einer Pandemie nicht zu verhindern, dass die Krise diesmal auf die ganze Gesellschaft übergriff.

Wie sehr fehlende Krisenerfahrung die Reaktionsfähigkeit der Schweiz auf das Coronavirus erschwerte, zeigte sich zuerst darin, dass es im Bereich der öffentlichen Gesundheit an eingespielten Führungspersönlichkeiten aus verschiedenen Institutionen fehlte. Dabei waren Pandemiewarnungen nichts Neues. Nur hatte man aus früheren Vorfällen die falschen Lehren gezogen. Nach der glimpflich verlaufenen Vogel- und Schweinegrippe wurden Politik und Verwaltung mit Vorwürfen eingedeckt, sie hätten überreagiert und unnötig Geld an die Pharmaindustrie verschleudert. Das Tamiflu-Pflichtlager des Bundes sorgte noch 2014 für Skandalmeldungen und dürfte dazu beigetragen haben, dass im BAG und im Bundesrat Anfang des Jahres trotz Warnungen einzelner Wissenschaftler vor der Gefahr des Coronavirus die Einstellung vorherrschte: Nur nichts überstürzen und unnötig Panik schüren.

Als man die Gefahr endlich erkannte, gingen, wie Daniel Koch nach seiner Pensionierung freimütig einräumte, die Experten der «Eidgenössischen Kommission für Pandemie-vorbereitung», die den Bund vor und während einer Gesundheitskrise hätten beraten sollen, komplett vergessen. Bizarrerweise ward auch in der Folge keiner von ihnen je gehört oder gesehen. Um das Vakuum zu füllen, stampften die Schweizer Hochschulen in Eigenregie eine Science-Task-Force aus dem Boden.

Anders als es ihr militärischer Name suggeriert, hatte sie aber nichts zu entscheiden oder durchzusetzen, und für den Beratungsauftrag, den sie erhielt, waren manche ihrer Mitglieder schlecht vorbereitet. Zur Freude der Medien leisteten sie wissenschaftliche Politikberatung per Twitter im Ton empörter Oppositionspolitiker. Anstatt zu einer diskreten, aber effizienten Kooperation kam es zwischen Wissenschaft und Politik zu einem von Miss-tönen geprägten Hickhack grosser Egos, die sich nicht vertraut waren und sich nicht ver-

trauten. An den Folgen leidet die eidgenössische Krisenpolitik bis heute.

Ein zweites Zeichen für die fehlende Krisenerfahrung der Schweiz war der in Politik wie Gesellschaft überstarke Wunsch, nach dem ersten Lockdown möglichst schnell zur Normalität zurückzukehren. Wie kein anderes Land in Europa begab sich die Schweiz auf einen Lockerungstrip, der auch dann noch anhält, als die Infektionszahlen wieder bedrohlich zu steigen begannen. Das mentale Bedürfnis, die Krise abzuschütteln, war grösser als die reale Erkenntnis, mit dem Virus weiterleben zu müssen.

Spätestens in dem Moment, als die Lage im Herbst aus dem Ruder lief, kam als drittes Zeichen die Flucht von Regierungspolitikern aus der Verantwortung hinzu. Hatten wir uns im Frühjahr unter der ruhigen Hand von Gesundheitsminister Alain Berset noch glücklich geschätzt, dass in der Schweiz keine «Spektakelpolitiker» mit autoritären Allüren wie Sebastian Kurz, Markus Söder oder Emmanuel Macron das Sagen hatten, mussten wir nun zusehen, wie sich Herren und Frauen Regierungsräte aus Deutschschweizer Kantonen, die bei den Lockerungsübungen noch zuvorderst mitgeturnt hatten, reihenweise klein machten, wo es die Situation doch erforderte, dass sie über sich hinauswachsen sollten.

Das Föderalismus-Mikado, das zwischen den Kantonshauptstädten und Bundesbern gespielt wurde - wer sich zuerst bewegt, verliert -, mag sich in normalen Zeiten zur Überwälzung von Kosten auf andere auszahlen. Doch in einer akuten Krise ist seine Wirkung verheerend. Was sich hier ereignete, war kein Versagen des Föderalismus, sondern ein Scheitern von Exekutivpolitikern, die sich noch nie in einer Krise haben bewähren müssen.

Wenn sich die Schweiz aus der Corona-Pandemie herausgekämpft hat, wird sie um einige Illusionen ärmer, aber auch um wertvolle Erfahrungen reicher sein. Wir sind keine Insel der Seligen, ausgestattet mit einer eingölten Politmaschine, die jedes laute Tosen auf dem Meer in ein leises Lüftchen verwandelt. Die Schweiz ist in einer akuten Krise genauso verletzlich wie andere Länder. Umso mehr ist sie mit ihren besonderen Strukturen, geteilten Gewalten und vielfältigen Institutionen gefordert, sich in Normalzeiten für mögliche Gefahren rechtzeitig zu wappnen.

Caspar Hirschi



Caspar Hirschi, 45, ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen. Er ist regelmässiger Kolumnist der «NZZ am Sonntag» und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von «NZZ Geschichte».



Wir sind keine Insel der Seligen, ausgestattet mit einer eingölten Politmaschine, die jedes laute Tosen in ein leises Lüftchen verwandelt.